

Dringlichkeitsantrag

Landesdelegiertenversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz, am 17. Dezember 2022

Initiator*innen: Landesdelegiertenversammlung (dort beschlossen am: 17.12.2022)

Titel: **Fachkräftemangel begegnen - eine aktive Zuwanderungspolitik für Deutschland**

Antragstext

1 Jede*r merkt es: Ob in Arztpraxen, Kindertagesstätten, der Gastronomie, im
2 Handwerk, im ÖPNV, in der Industrie – eigentlich überall: Deutschland und
3 Rheinland-Pfalz gehen die Arbeitskräfte aus. Und das, obwohl der Renteneintritt
4 der Baby-Boomer-Generation gerade erst beginnt. Neben vielen anderen Maßnahmen
5 brauchen wir eine zeitgemäße und vorausschauende Zuwanderungspolitik, um dem
6 Fachkräftemangel zu begegnen. Bis 2030 könnten uns bis zu fünf Millionen Fach-
7 und Arbeitskräfte fehlen. Nach allen wissenschaftlichen Erkenntnissen brauchen
8 wir eine Nettozuwanderung von etwa 400.000 Menschen pro Jahr. Ohne diese
9 Menschen können wir unseren Bedarf an Arbeitskräften nicht decken und unseren
10 Wirtschaftsstandort und unsere Daseinsvorsorge nicht aufrechterhalten. Schon
11 jetzt führt der Mangel an Fach- und Arbeitskräften auf das Jahr gerechnet zu
12 einem Verlust von mehr als 80 Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung.

13 Mit dem geplanten neuen Einwanderungsrecht erkennt die Bundesregierung endlich
14 an: Deutschland ist ein Einwanderungsland und handelt jetzt auch entsprechend.
15 Wenn wir weiterhin wirtschaftlich erfolgreich bleiben wollen, müssen wir uns im
16 internationalen Wettbewerb um schlaue Köpfe und fleißige Hände erfolgreich
17 bewähren. Deshalb muss Deutschland, muss Rheinland-Pfalz als Einwanderungsland
18 attraktiver werden. Wir müssen nicht nur bessere Arbeitsbedingungen bieten,
19 sondern auch das Lebensumfeld so gestalten, dass sich zugewanderte Menschen

20 wohlfühlen und bleiben möchten. Hier hat Rheinland-Pfalz mit seiner offenen
21 Lebensart, der Geselligkeit und Weltoffenheit einen klaren Standortvorteil, den
22 wir bewahren und ausbauen werden. Aber auch unsere offene Gesellschaft ist kein
23 Selbstläufer: Anerkennung von Vielfalt, Integration und Willkommenskultur
24 brauchen unser dauerhaftes Engagement.

25 Außerdem vollzieht die Ampel im Bund endlich einen Paradigmenwechsel in der
26 Flüchtlingspolitik: Menschen, die seit fünf Jahren geduldet oder gestattet in
27 Deutschland leben, erhalten für zunächst 18 Monate das Chancen-Aufenthaltsrecht.
28 Während dieser Zeit soll ihnen Gelegenheit gegeben werden, die übrigen
29 Voraussetzungen für ein Bleiberecht zu erfüllen. Diese Menschen, die über die
30 lange Aufenthaltszeit ihr Lebensumfeld in Deutschland gefunden haben, erhalten
31 damit eine dauerhafte Bleibeperspektive. Mit den geplanten Anpassungen des
32 Staatsbürgerschaftsrechts geht die Bundesregierung noch einen Schritt weiter und
33 öffnet vielen Menschen, die sich um unser Land verdient machen, den Weg in die
34 deutsche Staatsbürgerschaft. Damit setzen wir das Signal: Wir wollen euch als
35 Teil unserer Gesellschaft.

36 Zeitgleich leisten wir uns jedoch immer noch ein System, indem Abschiebungen von
37 nicht straffällig gewordenen Menschen an der Tagesordnung sind und knappe
38 Kapazitäten bei Ausländer- und Sicherheitsbehörden binden. Auch hier müssen wir
39 ansetzen. Der Grundsatz muss lauten: Arbeit statt Abschiebung, Ausbildung statt
40 Abschiebung!

41 Wir brauchen jede helfende Hand und müssen die Menschen, die heute bereits hier
42 sind, integrieren und qualifizieren, damit sie in Deutschland und Rheinland-
43 Pfalz arbeiten können. Parallel müssen wir legale Zugangswege der Arbeits- und
44 Bildungsmigration niedrigschwellige, effektiver und verständlicher gestalten und
45 damit eine moderne Einwanderungspolitik vorlegen, die das Einwanderungsland
46 Deutschland attraktiv macht und in die Zukunft führt.

47 Wir stellen uns deshalb klar gegen alle populistischen, gestrigen und
48 diffamierenden Äußerungen aus den Reihen der Union. Sie diffamieren den
49 aktuellen und den historischen Beitrag von Migrant*innen für die wirtschaftliche
50 Entwicklung unseres Landes, sie gefährden den Erhalt unserer Standortvorteile
51 und schaden letztlich dem Wirtschaftsstandort Deutschland und Rheinland-Pfalz.
52 Migration ist eine Konstante der Menschheitsgeschichte. Migration macht jede
53 Gesellschaft anpassungsfähig. Wir wollen unsere Migrationspolitik vorausschauend
54 und realistisch gestalten und unser Land für die Zukunft vorbereiten. Dafür
55 braucht es ein positives Umfeld, sachliche Debatten und eine solidarische
56 Willkommenskultur, statt zukunftsfeindliche Debatten von Vorvorgestern.

57 **Deshalb fordern wir:**

58 **Weg von Abschiebung - hin zum Aufenthaltsmanagement**

- 59 • Deutschland muss den Menschen, die lange bei uns leben, eine dauerhafte
60 Bleibeperspektive bieten. Für einen Wechsel in einen Arbeitsaufenthalt
61 sollen künftig auch die einjährigen Helfer*innenausbildungen
62 berücksichtigt werden. Die Menschen, die bei uns leben und sich in unserer
63 Gesellschaft einbringen, müssen wir wertschätzen. Wir müssen den
64 Spurwechsel zulassen. Deshalb muss Schluss sein mit Abschiebungen aus der
65 Duldung, wenn die Menschen eine Arbeit ausüben und sofern keine schweren
66 Straftaten begangen wurden.
- 67 • Wir müssen den Eintritt in ein aktives Aufenthaltsmanagement gestalten.
68 Dies kann beispielsweise durch einen engeren Austausch zwischen
69 Ausländerbehörden und Jobcentern zur gemeinsamen Vermittlung von
70 arbeitssuchenden Migrant*innen gelingen.

71 **Wir müssen die Arbeitskräfte von Morgen anwerben, Standortnachteile wie** 72 **Sprachbarrieren aktiv angehen**

- 73 • Arbeitskräftezuwanderung muss weiter gedacht werden als die Zuwanderung
74 von bereits gut ausgebildeten Fachkräften. Bei tausenden offenen
75 Ausbildungsplätzen alleine in Rheinland-Pfalz müssen wir neue Wege gehen,
76 um potentielle Auszubildende aus dem Ausland mit Unternehmen und Betrieben
77 in Rheinland-Pfalz zusammen zu bringen. Hier ist ein aktives Azubi-
78 Anwerber*innenmanagement notwendig, mit dem bestehende Hürden überwunden
79 werden.
- 80 • Denkbar wäre beispielsweise der Aufbau eines Azubi-Vorbereitungs-Jahres
81 für ausländische Interessent*innen in Rheinland-Pfalz, die Einführung von
82 englischsprachigen oder bilingualen Ausbildungslehrgängen, intensive
83 allgemeine und berufsbezogene Sprachförderung oder eine Reduzierung der
84 Auflagen für die Einreise zur Ausbildungssuche. Hierzu werden wir das
85 Gespräch mit den Verbänden suchen.
- 86 • GRÜNE Einwanderungspolitik orientiert sich an den Aspekten der globalen
87 Nachhaltigkeit. So braucht es etwa klare Regeln, um eine Abwanderung von
88 branchenspezifischen Fachkräften aus Herkunftsländern zu vermeiden; denn
89 diese Länder sind ihrerseits mit einem von der UN bestätigten „kritischen

90 Mangel“ in bestimmten Branchen konfrontiert. Darüber hinaus unterstützen
91 wir die Ansätze der fairen Arbeitsmigration, in dem Schulungs- und
92 Ausbildungsmöglichkeiten in Herkunftsländern aufgebaut werden, von denen
93 die Migrationsinteressierten, die Herkunftsländer und Deutschland
94 profitieren können,

95 **Kommen um zu bleiben: Wir wollen ein einladendes Umfeld schaffen**

- 96 • Wir wollen, dass Menschen gerne zu uns kommen und sich bei uns wohlfühlen,
97 damit sie auch bleiben und unsere Wirtschaft und Gesellschaft bereichern
98 können. Mit unserer offenen Gesellschaft und herzlichen Lebensart wird
99 Rheinland-Pfalz bereits heute schnell zu einer neuen Heimat für
100 Migrant*innen. Deshalb müssen wir unnötige Hürden für die Einwanderung aus
101 dem Weg räumen und die Verfahren so weit wie möglich digitalisieren und
102 beschleunigen. Die Gültigkeitsdauer von Aufenthaltserlaubnissen und Visa
103 wollen wir verlängern.

- 104 • Einwanderungspolitik muss familienfreundlich und transparent sein. Hierzu
105 gehört, dass Zuwanderer*innen mit ihren Familien nach Deutschland kommen
106 dürfen. Alle Beteiligten – von den Arbeitskräften selbst über die
107 Arbeitgeber*innen bis hin zu Verwaltungen in unseren Kommunen – müssen gut
108 beraten und unterstützt werden. Hierfür braucht es flächendeckend
109 professionelle Migrationsberatung auch für Erwerbstätige und ihre
110 Familien, sowohl vor der Einreise als auch beim Ankommen in Deutschland.

- 111 • Neben den vielen gesellschaftlichen Gruppen und Ehrenamtlichen, die sich
112 jetzt schon für die Integration von geflüchteten und eingewanderten
113 Menschen engagieren, streben wir einen Schulterschluss auch mit denen an,
114 die auf die Zuwanderung so dringend angewiesen sind: unsere
115 Unternehmer*innen in Rheinland-Pfalz. Denn der Arbeitsplatz ist ein
116 wichtiges Umfeld, in dem sich Migrantinnen und Migranten ohne Wenn und
117 Aber sicher und willkommen fühlen müssen.

Dringlichkeitsantrag

Landesdelegiertenversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz, am 17. Dezember 2022

Initiator*innen: Katharina Binz (KV Mainz), Misbah Khan (KV Bad Dürkheim), Dr. Tobias Lindner (KV Germersheim), Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen), Josef Winkler (KV Rhein-Lahn), Katrin Eder (KV Mainz), Christian Viering (KV Mainz), David Profit (KV Alzey-Worms), Paul Bunjes (KV Kaiserslautern), Natalie Cramme-Hill (KV Trier), Birgit Meyreis (KV Mayen-Koblenz), Musgana Tesfamariam (KV Mainz), Fabian Ehmann (KV Mainz), Carl-Bernhard von Heusinger (KV Koblenz), Elias Weinacht (KV Rhein-Pfalz), Felix Schmidt (KV Zweibrücken), Lea Siegfried (KV Kaiserslautern), Melani Pelaez Jara (KV Mainz-Bingen), Lukas Hartmann (KV Landau), Laura Martín Martorell (KV Koblenz), Astrid Becker (KV Mainz), Johannes Kobiela (KV Mainz)

Titel: **Fachkräftemangel begegnen - eine aktive
Zuwanderungspolitik für Deutschland**

Antragstext

1 Jede*r merkt es: Ob in Arztpraxen, Kindertagesstätten, der Gastronomie, im
2 Handwerk, im ÖPNV, in der Industrie – eigentlich überall: Deutschland und
3 Rheinland-Pfalz gehen die Arbeitskräfte aus. Und das, obwohl der Renteneintritt
4 der Baby-Boomer-Generation gerade erst beginnt. Neben vielen anderen Maßnahmen
5 brauchen wir eine zeitgemäße und vorausschauende Zuwanderungspolitik, um dem
6 Fachkräftemangel zu begegnen. Bis 2030 könnten uns bis zu fünf Millionen Fach-
7 und Arbeitskräfte fehlen. Nach allen wissenschaftlichen Erkenntnissen brauchen
8

9 wir eine Nettozuwanderung von etwa 400.000 Menschen pro Jahr. Ohne diese
10 Menschen können wir unseren Bedarf an Arbeitskräften nicht decken und unseren
11 Wirtschaftsstandort und unsere Daseinsvorsorge nicht aufrechterhalten. Schon
12 jetzt führt der Mangel an Fach- und Arbeitskräften auf das Jahr gerechnet zu
einem Verlust von mehr als 80 Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung.

13 Mit dem geplanten neuen Einwanderungsrecht erkennt die Bundesregierung endlich
14 an: Deutschland ist ein Einwanderungsland und handelt jetzt auch entsprechend.
15 Wenn wir weiterhin wirtschaftlich erfolgreich bleiben wollen, müssen wir uns im
16 internationalen Wettbewerb um schlaue Köpfe und fleißige Hände erfolgreich
17 bewähren. Deshalb muss Deutschland, muss Rheinland-Pfalz als Einwanderungsland
18 attraktiver werden. Wir müssen nicht nur bessere Arbeitsbedingungen bieten,
19 sondern auch das Lebensumfeld so gestalten, dass sich zugewanderte Menschen
20 wohlfühlen und bleiben möchten. Hier hat Rheinland-Pfalz mit seiner offenen
21 Lebensart, der Geselligkeit und Weltoffenheit einen klaren Standortvorteil, den
22 wir bewahren und ausbauen werden. Aber auch unsere offene Gesellschaft ist kein
23 Selbstläufer: Anerkennung von Vielfalt, Integration und Willkommenskultur
24 brauchen unser dauerhaftes Engagement.

25 Außerdem vollzieht die Ampel im Bund endlich einen Paradigmenwechsel in der
26 Flüchtlingspolitik: Menschen, die seit fünf Jahren geduldet oder gestattet in
27 Deutschland leben, erhalten für zunächst 18 Monate das Chancen-Aufenthaltsrecht.
28 Während dieser Zeit soll ihnen Gelegenheit gegeben werden, die übrigen
29 Voraussetzungen für ein Bleiberecht zu erfüllen. Diese Menschen, die über die
30 lange Aufenthaltszeit ihr Lebensumfeld in Deutschland gefunden haben, erhalten
31 damit eine dauerhafte Bleibeperspektive. Mit den geplanten Anpassungen des
32 Staatsbürgerschaftsrechts geht die Bundesregierung noch einen Schritt weiter und
33 öffnet vielen Menschen, die sich um unser Land verdient machen, den Weg in die
34 deutsche Staatsbürgerschaft. Damit setzen wir das Signal: Wir wollen euch als
35 Teil unserer Gesellschaft.

36 Zeitgleich leisten wir uns jedoch immer noch ein System, indem Abschiebungen von
37 nicht straffällig gewordenen Menschen an der Tagesordnung sind und knappe
38 Kapazitäten bei Ausländer- und Sicherheitsbehörden binden. Auch hier müssen wir
39 ansetzen. Der Grundsatz muss lauten: Arbeit statt Abschiebung, Ausbildung statt
40 Abschiebung!

41 Wir brauchen jede helfende Hand und müssen die Menschen, die heute bereits hier
42 sind, integrieren und qualifizieren, damit sie in Deutschland und Rheinland-
43 Pfalz arbeiten können. Parallel müssen wir legale Zugangswege der Arbeits- und
44 Bildungsmigration niedrigschwellige, effektiver und verständlicher gestalten und
45 damit eine moderne Einwanderungspolitik vorlegen, die das Einwanderungsland
46 Deutschland attraktiv macht und in die Zukunft führt.

47 Wir stellen uns deshalb klar gegen alle populistischen, gestrigen und
48 diffamierenden Äußerungen aus den Reihen der Union. Sie diffamieren den
49 aktuellen und den historischen Beitrag von Migrant*innen für die wirtschaftliche
50 Entwicklung unseres Landes, sie gefährden den Erhalt unserer Standortvorteile
51 und schaden letztlich dem Wirtschaftsstandort Deutschland und Rheinland-Pfalz.
52 Migration ist eine Konstante der Menschheitsgeschichte. Migration macht jede
53 Gesellschaft anpassungsfähig. Wir wollen unsere Migrationspolitik vorausschauend
54 und realistisch gestalten und unser Land für die Zukunft vorbereiten. Dafür
55 braucht es ein positives Umfeld, sachliche Debatten und eine solidarische
56 Willkommenskultur, statt zukunftsfeindliche Debatten von Vorgestern.

57 **Deshalb fordern wir:**

58 **Weg von Abschiebung - hin zum Aufenthaltsmanagement**

- 59 • Deutschland muss den Menschen, die lange bei uns leben, eine dauerhafte
60 Bleibeperspektive bieten. Für einen Wechsel in einen Arbeitsaufenthalt
61 sollen künftig auch die einjährigen Helfer*innenausbildungen
62 berücksichtigt werden. Die Menschen, die bei uns leben und sich in unserer
63 Gesellschaft einbringen, müssen wir wertschätzen. Wir müssen den
64 Spurwechsel zulassen. Deshalb muss Schluss sein mit Abschiebungen aus der
65 Duldung, wenn die Menschen eine Arbeit ausüben und sofern keine schweren
66 Straftaten begangen wurden.
- 67 • Wir müssen den Eintritt in ein aktives Aufenthaltsmanagement gestalten.
68 Dies kann beispielsweise durch einen engeren Austausch zwischen
69 Ausländerbehörden und Jobcentern zur gemeinsamen Vermittlung von
70 arbeitssuchenden Migrant*innen gelingen.

71 **Wir müssen die Arbeitskräfte von Morgen anwerben, Standortnachteile wie** 72 **Sprachbarrieren aktiv angehen**

- 73 • Arbeitskräftezuwanderung muss weiter gedacht werden als die Zuwanderung
74 von bereits gut ausgebildeten Fachkräften. Bei tausenden offenen
75 Ausbildungsplätzen alleine in Rheinland-Pfalz müssen wir neue Wege gehen,
76 um potentielle Auszubildende aus dem Ausland mit Unternehmen und Betrieben
77 in Rheinland-Pfalz zusammen zu bringen. Hier ist ein aktives Azubi-
78 Anwerber*innenmanagement notwendig, mit dem bestehende Hürden überwunden
79 werden.

- 80
- Denkbar wäre beispielsweise der Aufbau eines Azubi-Vorbereitungs-Jahres für ausländische Interessent*innen in Rheinland-Pfalz, die Einführung von englischsprachigen oder bilingualen Ausbildungslehrgängen, intensive allgemeine und berufsbezogene Sprachförderung oder eine Reduzierung der Auflagen für die Einreise zur Ausbildungssuche. Hierzu werden wir das Gespräch mit den Verbänden suchen.
- 81
- 82
- 83
- 84
- 85
- 86
- GRÜNE Einwanderungspolitik orientiert sich an den Aspekten der globalen Nachhaltigkeit. So braucht es etwa klare Regeln, um eine Abwanderung von branchenspezifischen Fachkräften aus Herkunftsländern zu vermeiden; denn diese Länder sind ihrerseits mit einem von der UN bestätigten „kritischen Mangel“ in bestimmten Branchen konfrontiert. Darüber hinaus unterstützen wir die Ansätze der fairen Arbeitsmigration, in dem Schulungs- und Ausbildungsmöglichkeiten in Herkunftsländern aufgebaut werden, von denen die Migrationsinteressierten, die Herkunftsländer und Deutschland profitieren können,
- 87
- 88
- 89
- 90
- 91
- 92
- 93
- 94

95 **Kommen um zu bleiben: Wir wollen ein einladendes Umfeld schaffen**

- Wir wollen, dass Menschen gerne zu uns kommen und sich bei uns wohlfühlen, damit sie auch bleiben und unsere Wirtschaft und Gesellschaft bereichern können. Mit unserer offenen Gesellschaft und herzlichen Lebensart wird Rheinland-Pfalz bereits heute schnell zu einer neuen Heimat für Migrant*innen. Deshalb müssen wir unnötige Hürden für die Einwanderung aus dem Weg räumen und die Verfahren so weit wie möglich digitalisieren und beschleunigen. Die Gültigkeitsdauer von Aufenthaltserlaubnissen und Visa wollen wir verlängern.
- 96
- 97
- 98
- 99
- 100
- 101
- 102
- 103
- Einwanderungspolitik muss familienfreundlich und transparent sein. Hierzu gehört, dass Zuwanderer*innen mit ihren Familien nach Deutschland kommen dürfen. Alle Beteiligten – von den Arbeitskräften selbst über die Arbeitgeber*innen bis hin zu Verwaltungen in unseren Kommunen – müssen gut beraten und unterstützt werden. Hierfür braucht es flächendeckend professionelle Migrationsberatung auch für Erwerbstätige und ihre Familien, sowohl vor der Einreise als auch beim Ankommen in Deutschland.
- 104
- 105
- 106
- 107
- 108
- 109
- 110
- Neben den vielen gesellschaftlichen Gruppen und Ehrenamtlichen, die sich jetzt schon für die Integration von geflüchteten und eingewanderten Menschen engagieren, streben wir einen Schulterschluss auch mit denen an,
- 111
- 112
- 113

114 die auf die Zuwanderung so dringend angewiesen sind: unsere
115 Unternehmer*innen in Rheinland-Pfalz. Denn der Arbeitsplatz ist ein
116 wichtiges Umfeld, in dem sich Migrantinnen und Migranten ohne Wenn und
117 Aber sicher und willkommen fühlen müssen.

Begründung

Die Dringlichkeit begründet sich aus folgenden Gründen:

- Die Vorlage des Eckpunktepapiers der Bundesregierung zum neuen Staatsbürgerschaftsrecht und die anschließende politische Debatte sowohl im Bund als auch im Land war nach dem Antragsschluss (1.12 ff)
- Die Verabschiedung des Chancenaufenthaltsrecht im Bundesrat war nach Antragsschluss (16.12)